

Antrag I05: Initiativantrag Soziale Sicherungssysteme und öffentliche Hand nicht zulasten erwerbstätiger Frauen umbauen

Antragsteller*in:	DGB-Bundesfrauenausschuss
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

1 In ihrem Bestreben, Deutschland als Wirtschaftsstandort zu stärken und den
2 demografischen Herausforderungen zu begegnen, setzen die Regierungsparteien derzeit
3 vor allem auf Einsparungen in sozialen Sicherungssystemen und öffentlichen Haushalten
4 – und lassen dabei jeden Blick für die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von
5 Frauen und Männern vermissen. Die Hürden für Frauen am Arbeitsmarkt und ihre starke
6 Belastung durch wirtschaftlich notwendige Sorgearbeit werden ebenso ausgeblendet wie
7 ihr darin begründeter, besonderer Bedarf an öffentlicher Daseinsvorsorge. Auch ihr
8 ökonomisches Potenzial wird schlicht ignoriert.

9 Wenn die Bundesregierung tatsächlich eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit
10 erreichen und die Rahmenbedingungen für die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen
11 verbessern will, muss sich das ändern. Beide Ziele sind mit Blick auf die
12 Zukunftsfähigkeit unseres Landes richtig und stehen schon lange auf der Agenda der
13 Gewerkschaften. Sie zu adressieren, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit,
14 sondern auch ein Beitrag zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft
15 und eine Investition, die sich rechnet. Daher erwartet der DGB, dass bei allen
16 Reformvorschlägen konsequent die Geschlechterperspektive berücksichtigt und
17 widerspruchsfrei umgesetzt wird statt Gleichstellung wahlweise als Bürokratietreiber
18 zu diffamieren oder als Deckmantel für Kostendämpfung zu missbrauchen.

19 Wer die beitragsfreie Mitversicherung für nicht erwerbstätige Ehepartner*innen auf
20 diejenigen beschränkt, die kleine Kinder betreuen oder pflegebedürftige Angehörige
21 unterstützen, muss endlich auch die Voraussetzungen für die gleichberechtigte
22 Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt schaffen. Dafür sind eine bedarfsgerechte,
23 bezahlbare und verlässliche Betreuung für die Jüngsten, die flächendeckende Umsetzung
24 des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 und
25 eine entlastende Infrastruktur für erwerbstätige Pflegende unabdingbar. Um
26 insbesondere Beschäftigungshürden für Mütter abzubauen, müssen geringfügige
27 Beschäftigung ab der ersten Arbeitsstunde sozial abgesichert, die Brückenteilzeit
28 ausgeweitet und ein echter Anspruch auf Rückkehr aus Teilzeit geschaffen werden.

29 Wir wollen, dass Frauen ihr Erwerbsvolumen ausbauen (können) und Männer mehr
30 Familienaufgaben übernehmen. Dafür muss auch der Staat die richtigen Anreize setzen
31 durch Erhöhung und partnerschaftliche Weiterentwicklung des Elterngeldes sowie durch
32 bedarfsgerechte Freistellungsansprüche und eine steuerfinanzierte
33 Entgeltersatzleistung für Erwerbstätige, die für Pflegeaufgaben ihr
34 Beschäftigungsvolumen befristet reduzieren. Auch die Besteuerung von Paaren muss sich
35 endlich am tatsächlichen, individuellen Einkommen der beiden Partner*innen
36 orientieren statt durch die hohe Steuerlast in Steuerklasse V Erwerbstätigkeit für
37 Frauen unattraktiv und Männer zu Familienernährern zu machen. Zudem würde die

38 Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen Familien, insbesondere Alleinerziehende
39 entlasten und nachweislich Freiräume für eine höhere Erwerbstätigkeit schaffen.
40 Auch die faire Bezahlung von Frauen gehört ganz oben auf die Reformagenda. Dazu
41 gehört die fristgerechte und vollständige Umsetzung der EU-
42 Entgelttransparenzrichtlinie, die endlich Unternehmen aktiv in die Pflicht nimmt, für
43 eine geschlechtergerechte Entgeltpraxis zu sorgen. Dazu gehört aber auch
44 Problembewusstsein mit Blick auf konkrete Reformvorschläge: Wer die Refinanzierung
45 von Tarifsteigerungen in den personennahen sozialen Dienstleistungen reduzieren will
46 oder gar komplett zur Disposition stellt wie bei der GKV, der Pflegeversicherung oder
47 der Kinder- und Jugendhilfe, entwertet hoch belastende, frauendominierte Tätigkeiten,
48 erhöht die Lohnlücke und steigert den Fachkräftemangel. Die sozialen
49 Sicherungssysteme und die öffentliche Hand auf dem Rücken erwerbstätiger Frauen zu
50 entlasten – das geht gar nicht!